

Demokratie leben in Niedersachsen

Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit



Inhalt

Vorwort	4
1. Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“	5
2. Das Landes-Demokratiezentrum Niedersachsen	7
2.1 Ziele des Landes-Demokratiezentums	8
3. Unsere inhaltlichen Schwerpunkte	10
3.1 Rechtsextremismus	10
3.2 Extremistischer Salafismus	12
4. Zielgruppen und Angebote	13
4.1 Zielgruppen und Angebote des Landes-Demokratiezentums bei Erscheinungsformen von Rechtsextremismus	13
4.1.1 Mobile Beratung für folgende Zielgruppen	13
4.1.2 Angebote des Landes-Demokratiezentums Niedersachsen	15
4.1.3 Angebote der AussteigerhilfeRechts	16
4.1.4 Beratungs- und Unterstützungsangebote des Landes-Demokratiezentums bei Erscheinungsformen von extremistischem Salafismus und Islamfeindlichkeit	18
5. Unser Netzwerk	20
5.1 Partnerschaften für Demokratie, Modellprojekte, Bundeszentraler Träger	20
5.2 Modellprojekte in Niedersachsen	24
5.3 Freie Träger sowie Beraterinnen und Berater	26



Vorwort

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Demokratie als Staatsform ermöglicht es den Bürgerinnen und Bürgern ein selbstbestimmtes Leben zu führen, sowie gesellschaftliche und politische Entwicklungen mitzubestimmen. Neben der rechtlichen Absicherung dieser Werte und Prinzipien durch das Grundgesetz, tragen insbesondere die Stärkung von Bürgerbeteiligungen, zivilgesellschaftliches Engagement und das gemeinsame Wirken gegen demokratiefeindliche Strömungen zu einer lebendigen Demokratie bei.

Diese Zielsetzungen werden vom Bund seit vielen Jahren durch verschiedene Programme gefördert, die gegen Rechtsextremismus, Gewalt und menschenfeindliche Entwicklungen auf allen Ebenen sensibilisieren und vor allem die Zivilgesellschaft stärken sollen. In allen Bundesländern sind mittlerweile Landes-Demokratiezentren eingerichtet worden, die für die Koordinierung und Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ auf Länderebene zuständig sind.

Das Niedersächsische Demokratiezentrum ist beim Landespräventionsrat Niedersachsen (LPR) im Niedersächsischen Justizministerium angesiedelt. Der LPR ist im Jahr 1995 als Beratungsorgan der Landesregierung eingerichtet worden. Die Umsetzung von Projekten und Programmen zur Prävention von Rechtsextremismus zählt seither zu seinen wesentlichen Aufgaben.

Ziel der vorliegenden Broschüre „Demokratie leben in Niedersachsen“ ist es, Ihnen die Themenbereiche, Angebote und Ziele des Demokratiezentrum Niedersachsen und die zahlreichen Netzwerkpartner/-innen vorzustellen. Mein Dank gilt den Kolleginnen und Kollegen im Beratungsnetzwerk, die uns schon seit vielen Jahren mit ihrer Expertise unterstützen sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die diese Broschüre erstellt haben.

Ich wünsche Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, informative Einblicke in die Arbeit des Landes-Demokratiezentrum, bedanke mich für Ihr Interesse an dem zentralen Thema der Demokratiestärkung und lade Sie auch herzlich ein, mit uns in Kontakt und Dialog zu treten.

Ihr

E. Marks

Erich Marks

Geschäftsführer des
Landespräventionsrates
Niedersachsen



1. Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“

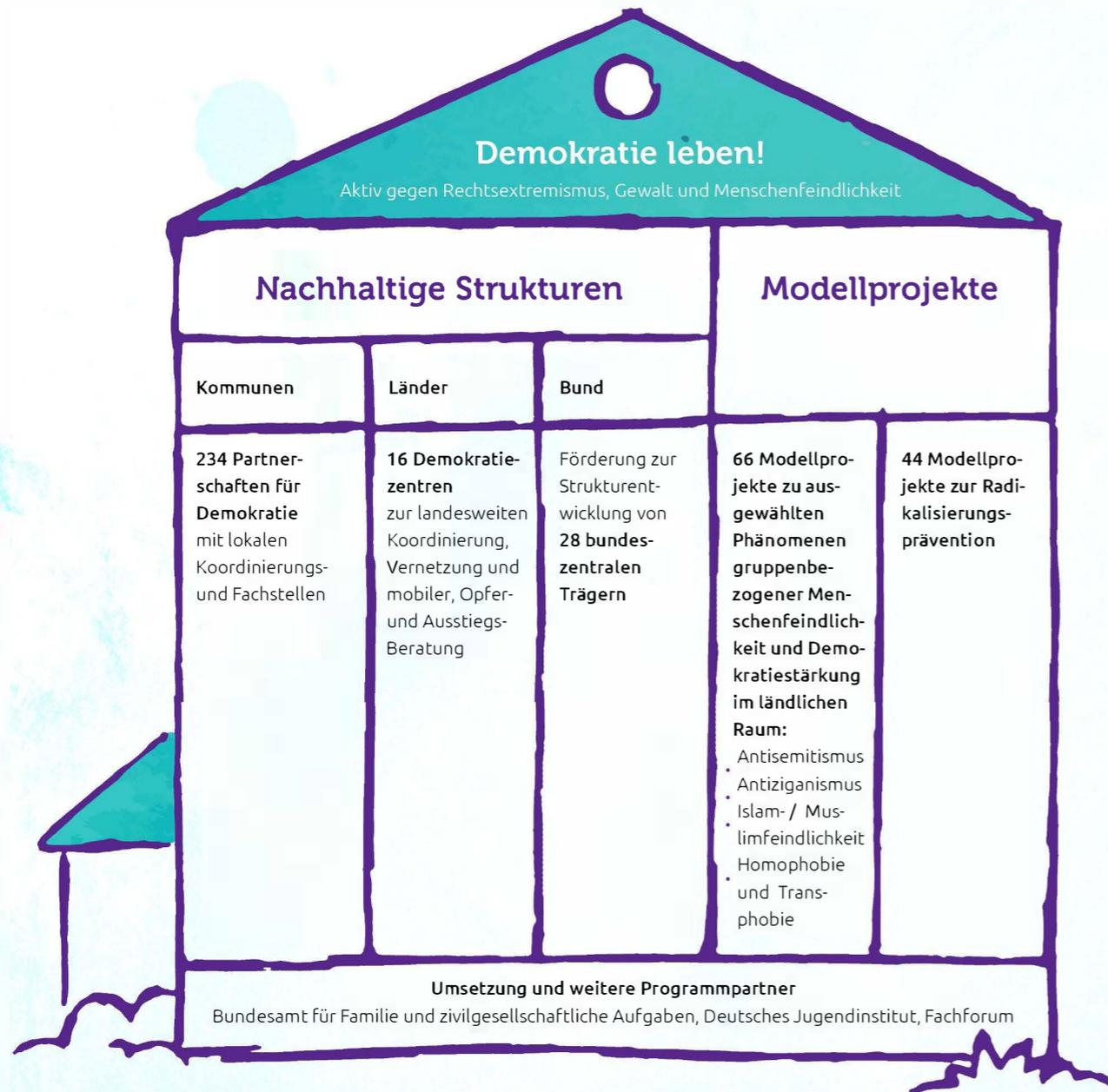
Das Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend fördert staatliche und zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure in ihren Anstrengungen gegen demokratie- und menschenfeindliche Phänomene. Vor allem werden Projekte gefördert, die sich für die Prävention von Extremismus und für Demokratieförderung einsetzen. Die Formen des Extremismus sind innerhalb der Gesellschaft breit gefächert, so dass sich das Bundesprogramm auch auf verschiedene Phänomene ausrichtet. Dazu gehören:

- Rechtsextremismus
- Rassismus
- Antisemitismus
- Islam- bzw. Muslimfeindlichkeit
- Antiziganismus
- Ultranationalismus
- Homophobie
- gewaltbereiter Salafismus bzw. Dschihadismus
- linke Militanz

Um die dargestellten menschen- und demokratiefeindlichen Phänomene zu verringern, fördert das Bundesprogramm insgesamt fünf verschiedene Bereiche.



www.demokratie-leben.de



i Programmhaus

Die Fördergelder werden einerseits an kommunale und landesweite staatliche Strukturen vergeben, andererseits aber auch an regionale und überregionale zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure.

Die lokalen Partnerschaften für Demokratie bilden im Bundesprogramm "Demokratie leben!" die kommunalen Strukturen. Sie entwickeln anhand der lokalen Gegebenheiten und Problemlagen eine abgestimmte Strategie mit allen bedeutsamen Akteurinnen und Akteuren vor Ort. Auf der Landesebene sind die Demokratiezentren für die Etablierung und Koordination von landesweiten Netzwerken zuständig und unterstützen die Beratungsstrukturen für unterschiedliche Betroffenengruppen. Als weitere nachhaltige und strukturelle Maßnahme sind die Bundeszentralen Träger* zu nennen.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unterstützt längerfristig Strukturen der Arbeit gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit und für Demokratie und Vielfalt bei einer Auswahl nichtstaatlicher Organisationen, die in diesen Themenfeldern schon über Jahre aktiv gewesen sind und umfassende Erfahrung hierüber bieten. Damit wird die Entwicklung einer bundesweit tätigen Infrastruktur gefördert, die fachliche Unterstützung durch Expertinnen und Experten ermöglicht und erfolgreiche Arbeitsansätze weiterentwickelt.

Im Rahmen kontinuierlichen Dialogs und Kooperation tragen die bundeszentralen Träger dazu bei, die thematischen Schwerpunkte des Programms und aktuelle Herausforderungen zu bearbeiten.

Das Programm unterstützt in diesem Bereich nichtstaatliche Organisationen, die sich im Themenfeld engagieren, um eine bundesweite Infrastruktur zu etablieren. Neben den genannten nachhaltigen Strukturen werden auch Modellprojekte im Rahmen des Bundesprogramms gefördert und unterstützt, wobei diese innovative Ansätze zur Demokratieförderung und Präventionsarbeit entwickeln und erproben sollen.

Die Begleitung und Unterstützung des Programms obliegt dem Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben. Die Evaluation wird vom Deutschen Jugendinstitut durchgeführt.

2. Das Landes-Demokratiezentrum Niedersachsen

Das Landes-Demokratiezentrum Niedersachsen ist ein Projekt des Landespräventionsrats Niedersachsen im Niedersächsischen Justizministerium. Neben der Arbeit gegen Rechtsextremismus nimmt das Demokratiezentrum auch andere demokratiefeindliche Phänomene, insbesondere den gewaltorientierten Salafismus, in den Blick. Dabei werden auch Wechselwirkungen zwischen Rechtsextremismus und -populismus sowie extremistischem Salafismus berücksichtigt, während hinsichtlich der jeweils spezifischen Eigenheiten und Entwicklungen der beiden demokratiefeindlichen Problembereiche präventive Maßnahmen (weiter-)entwickelt und durchgeführt werden. Die Arbeit des Demokratiezentums verfolgt dabei vier zentrale strategische Ziele.

* <https://www.demokratie-leben.de/bundesprogramm/ueber-demokratie-leben/strukturfoerderung-zum-bundeszentralen-traeger.html>



2.1 Ziele des Landes-Demokratiezentriums

1 Entwicklung einer Vision für ein demokratisches Gemeinwesen in Niedersachsen

Durch das Zusammenwirken staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure entwickelt das Landes-Demokratiezentrum eine Vision und eine Umsetzungsstrategie für ein demokratisches und beteiligungsorientiertes Zusammenleben, welches in den verschiedenen regionalen und lokalen Kontexten Niedersachsens umgesetzt werden kann.

Zentrale Aufgabe ist die Entwicklung, Koordinierung und Durchführung präventiver Maßnahmen. Mit Information, Bildung und Aufklärung richtet sich das Landes-Demokratiezentrum an alle in Niedersachsen lebenden Menschen bietet Anreize, sich aktiv für Demokratie und gegen Menschenfeindlichkeit einzutreten.

2 Aufbau einer flächendeckenden Unterstützungsstruktur

Das Demokratiezentrum bietet ein nach Zielgruppen und Regionen differenziertes Konzept für eine flächendeckende Hilfe- und Unterstützungsstruktur der mobilen Beratung bzw. -Ausstiegsberatung an und entwickelt dieses Angebot weiter. Eine zentrale Bedeutung kommt dem Beratungsnetzwerk Niedersachsen zu. Es besteht aus staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen, die sich seit vielen Jahren mit Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit befassen. Das Beratungsnetzwerk ist dabei zentral und wird strategisch im Hinblick auf notwendige Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartnern weiterentwickelt. Dies gilt

hinsichtlich der Ausweitung der zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure ebenso wie hinsichtlich der zentralen demokratiefeindlichen Phänomenbereiche im Blickfeld des Landes-Demokratiezentriums (Rechtsextremismus, gewaltorientierter Salafismus).

Im Handlungsfeld Prävention gibt es ein breites Spektrum an Informations-, Bildungs- und Aufklärungsarbeit, das sich in erster Linie an Bündnisse, Kommunen, Vereine und Verbände, kommunale Präventionsgremien, Jugendhilfe, Schulen sowie Universitäten und Fachhochschulen richtet.

Im Bereich der Intervention ist das Landes-Demokratiezentrum Ansprechpartner für alle Ratsuchenden (Einzelpersonen, Gruppen, Institutionen, Einrichtungen), die mit rechtsextremen, rassistischen oder antisemitischen, aber auch mit salafistischen Erscheinungsformen konfrontiert werden.

Eine wesentliche Aufgabe des Landes-Demokratiezentriums ist die noch stärkere Verzahnung einzelner Arbeitsbereiche im Gesamtthemenfeld Rechtsextremismus und damit einhergehend die strukturelle Vernetzung der in diesen Arbeitsbereichen tätigen Akteurinnen und Akteuren auf lokaler, regionaler und Landesebene.

Bestehende und bewährte Strukturen, Gremien und Kooperationen werden fortgeführt und weiterentwickelt. Darüber hinaus wird das Landes-Demokratiezentrum neue Akteure und Akteurinnen im Programm „Demokratie leben!“ in die bestehenden Kooperationsnetzwerke einbinden.

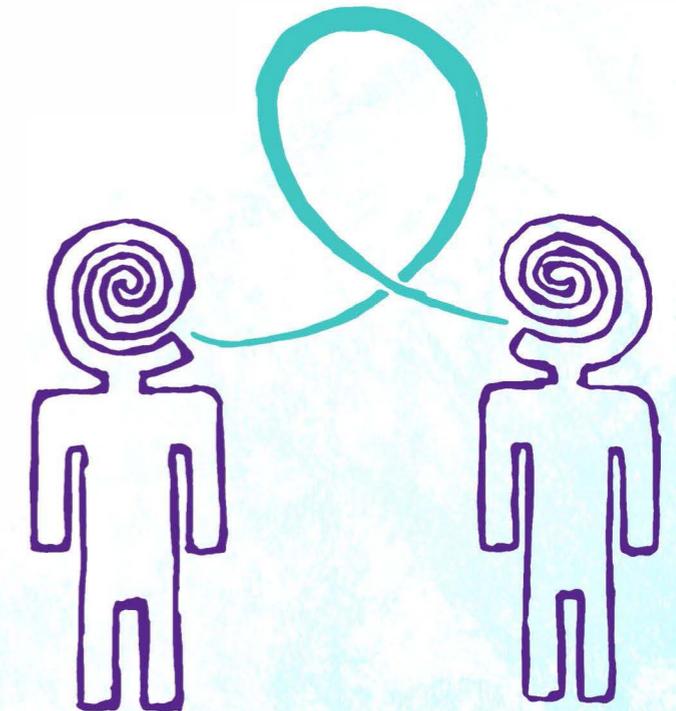
3 Stärkung der Strukturen der Ausstiegsarbeit

In Niedersachsen arbeiten staatliche und nichtstaatliche Träger der Ausstiegshilfe eng zusammen. Durch die Kooperation staatlicher Aussteigerprogramme mit entsprechenden Angeboten freier Träger wird ein Höchstmaß an Synergien erzielt. Auch zukünftig werden die tragfähigen Strukturen der Ausstiegsarbeit im Themenfeld „Rechtsextremismus“ weiter ausgebaut. Ebenso werden für die Prävention, die Aussteigerhilfe und Deradikalisierung im Kontext des Salafismus in Kooperation mit freien Trägern Angebote (weiter-)entwickelt und umgesetzt.

4 Etablierung einer proaktiven Opferhilfe

Das Landes-Demokratiezentrum unterstützt die Einrichtung einer proaktiven Opferhilfestruktur für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Niedersachsen.

Die Bündelung, Vernetzung und Koordinierung der bestehenden sowie zukünftigen Aktivitäten zur Demokratiestärkung in Niedersachsen und die Bereitstellung eigener Beratungsleistungen ist grundlegender Bestandteil der Arbeit und Auftrag des Landes-Demokratiezentriums.





3. Unsere inhaltlichen Schwerpunkte

3.1 Rechtsextremismus

Personen und Organisationen werden als rechtsextrem bezeichnet, wenn sie Ideologien von Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Nationalismus und Militarismus folgen. Sie lehnen den Gedanken der prinzipiellen Gleichheit aller Menschen ab und stellen sich gegen Meinungsfreiheit, Gewaltenteilung und Menschenwürde. Zudem hierarchisieren sie nach sozialer Herkunft, Religion oder nach gesellschaftlichen Konstrukten, wie zum Beispiel „Rasse“, Kultur oder Geschlecht. Laut einer Langzeitstudie der Universität Leipzig hatten im Jahr 2014 insgesamt 5,6 Prozent der deutschen Bevölkerung ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild, sie stimmen also allen genannten Ideologiemerkmalen zu. Rechtsextremismus greift erheblich in das friedliche Zusammenleben in unserer Gesellschaft ein und produziert immer wieder Opfer durch Ausgrenzungen, Beleidigungen, Bedrohungen bis hin zu gezielter körperlicher Gewalt und Mord. Es wird zwischen rechtsextremen Einstellungen und rechtsextremen Verhaltensweisen unterschieden. Nicht alle Personen, die über rechtsextreme Einstellungen verfügen, handeln auch entsprechend (gehen auf rechtsextreme Kundgebungen, wählen entsprechende Parteien oder begehen Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund). Zwischen Männern und Frauen gibt es bei den Einstellungsmustern keine großen Unterschiede. (Frauen stimmen rechtsextremen Aussagen im Durchschnitt etwas öfter zu). Im Hinblick auf die Altersstruktur stimmen ältere Personen eher zu als jüngere. Der Begriff Rechtsextremismus fasst unterschiedliche ideologische Schwerpunkte zusammen, die aber in ihrer Zielsetzung, die politische Ausrichtung der Gesellschaft zu verschieben, nur punktuelle Unterschiede aufweisen.

Rassismus

Rassismus bezeichnet ein Denken, dass nach körperlichen oder kulturellen Merkmalen gebildeten Gruppen unterschiedliche Fähigkeiten und Charaktereigenschaften zuschreibt. Darauf basierend wird die Gültigkeit universeller Menschenrechte bestritten, da diesen Gruppen eine naturgegebene Ungleichwertigkeit zugeschrieben wird. Aktuell wird vermehrt eine Ideologie des Ethnopluralismus durch die identitäre Bewegung (IB) betrieben, die ein ähnliches Denken innehat („jedem Volk sein angestammtes Territorium“, „keine Vermischung von Völkern“).

Die Hinwendung zum „Kulturellen“, wonach Menschen z.B. aufgrund ihrer kulturellen Herkunft und Sprache diskriminiert werden, löst gegenwärtig den Gebrauch des Begriffs „Rasse“ in der Gesellschaft ab. Es handelt sich hierbei um eine Denkweise, die kulturelle Differenzen anstelle einer genetischen Ausstattung festlegt und als Wesensunterschiede festschreibt. Im Vordergrund steht die Abwertung des „Anderen“ wie z.B. beim antimuslimischen Rassismus. Dieser Rassismus richtet sich gegen Menschen, denen eine Zugehörigkeit zum Islam zugeschrieben wird, z.B. durch äußerliche Merkmale sowie kulturelle und religiöse Lebensweisen. Der antimuslimische Rassismus ist eine Rassenkonstruktion, dem bestimmte Defizite zugeschrieben werden, die sich dann auf die Körperlichkeit festlegen und gleichzeitig zur Schaffung von Machtverhältnissen dienen. Dabei werden Musliminnen und Muslime ausschließlich über ihre Religion definiert und der Islam wird pauschal als rückständig, frauenfeindlich, intolerant und gewaltbereit angesehen. Unterschiedliche Strömungen und innermuslimische Bewegungen werden ausgeblendet.

Völkischer Nationalismus

Der völkische Nationalismus begreift die Nation als eine (konstruierte) Gemeinschaft von Menschen, die durch Abstammung und gemeinsamen Bezug zu einer Gegend definiert wird. Dabei wird versucht durch „Blut und Boden“ ein „Volk“ zu definieren. Es wird auf diese Art eine Widersprüche verdeckende kollektive Identität von Menschen, die nichts miteinander zu tun haben, begründet. Merkmale der konstruierten Gemeinschaft (z.B. Sprache,

Kultur, Geschichte) werden hervorgehoben und die eigene Nation positiv dargestellt und überhöht. Damit einher geht eine Abgrenzung gegenüber anderen konstruierten Gemeinschaften. Weitere Informationen finden Sie auf der Seite der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de).





3.2 Extremistischer Salafismus

Der Salafismus ist international, bundesweit, aber auch in Niedersachsen die zurzeit dynamischste islamistische Bewegung. Er fällt durch seine Verabsolutierung eines wortgetreuen Zugangs zum Koran – der heiligen Schrift der Muslime – und zu den Berichten über das Leben und Handeln des Propheten Muhammads (die sogenannte „Sunna“) auf. Seine Anhängerinnen und Anhänger verstehen Koran und Sunna als strikte Handlungsanweisungen für die Lebenspraxis auch der heutigen Menschheit, die uneingeschränkt Gültigkeit beanspruchen müssen. Salafisten sehen sich selbst als die einzig wahren Muslime an. Sie lehnen religiösen, weltanschaulichen und jedweden sonstigen Pluralismus auch innerhalb des Islam ab und streben nach der Umgestaltung der gesellschaftlichen und politischen Ordnung gemäß ihres Verständnisses der islamischen Religion, der islamischen Frühzeit und ihrer Interpretation der Scharia als striktes „Rechtssystem“.

Grundsätze des Salafismus und Strömungen

Der Salafismus ist eine Strömung innerhalb des sunnitischen Islams, der von sich behauptet, den Islam gemäß der Praxis der ersten drei Generationen von Muslimen in der Frühzeit des Islam (7. bis 9. Jahrhundert christlicher Zeitrechnung) zu praktizieren. Der Begriff „Salafisten“ leitet sich vom Arabischen as-Salaf as-Salih ab, was so viel bedeutet wie „die frommen Vorgänger“. Prinzipiell gelten diese ersten Muslime nicht nur Salafistinnen und Salafisten als vorbildlich: Auch die meisten anderen Muslime werten die Salaf als besonders rechtgläubig.

Was die heutigen Salafistinnen und Salafisten von anderen Musliminnen und Muslimen unterscheidet, ist ihr Anspruch, den Koran und die Überlieferungen über das Handeln und die Gewohnheiten des Propheten Muhammad

(die sogenannte Sunna) als einzige Gruppe korrekt zu befolgen.

Wie für alle anderen Musliminnen und Muslime steht auch für Salafistinnen und Salafisten der Glaube an „die Einheit und Einzigartigkeit Gottes“, der tauhid, im Mittelpunkt. Aus diesem Prinzip leiten Salafistinnen und Salafisten ab, dass Allah (wörtlich übersetzt „der Gott“) alleinige Souveränität zukommt. Die göttliche Scharia ist aus ihrer Sicht das einzig gültige Recht, dem alle Menschen Folge zu leisten haben. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass Salafistinnen und Salafisten Volkssouveränität und von Menschen gemachte Gesetze und damit auch die Demokratie als Ausdruck von Unglaube (Arabisch: *kufr*) ablehnen.

Der Salafismus stellt sich jedoch nicht als homogene religiöse Strömung dar. Eine verbreitete Definition benennt drei Formen des Salafismus, die sich vor allem dadurch unterscheiden, wie sie den „reinen Islam der frommen Vorgänger“ zur Geltung führen wollen: Vor allem durch fromme, puristische Lebensführung gemäß ihres Verständnisses von Koran und Sunna, durch politischen Aktivismus oder gar unter Anwendung von Gewalt.

Puristische Salafistinnen und Salafisten verfolgen das Ziel, allein nach Koran und Sunna zu leben, und zwar vor allem im privaten Bereich ihrer Gemeinschaft. Sie strukturieren das Leben in der Gemeinschaft und des Einzelnen strikt nach ihrem Verständnis der islamischen Offenbarung und der Scharia. Sie werden aber meist nicht aktiv, um die politische und gesellschaftliche Ordnung zu ändern. Konfliktpotential mit dem sozialen Nahfeld oder mit dem Staat ist aber verschiedentlich gegeben, etwa wenn einzelne Familien- oder Freundeskreismitglieder sich dem puristischen Salafismus zuwenden. Manche pu-

ristische Salafistinnen und Salafisten sind zudem in der *da'wa*, der Missionierungsarbeit (wörtl. dem „Ruf“ bzw. der „Einladung“) zum „reinen Islam“ aktiv und richten sich dabei in besonderer Weise an ihrer Ansicht nach „fehlgeleitete“ (d.h. also alle nicht-salafistischen) Muslime.

Auch **politische Salafistinnen und Salafisten** nutzen das Mittel der *da'wa*, um ihrem Ziel der Verwirklichung der „reinen islamischen Lehre“ in Staat und Gesellschaft näher zu kommen, etwa bei Koran-Verteilungen. Ihr mittel- bis langfristiges Ziel ist es, die demokratische Ordnung (oder in anderen Staaten autoritäre Herrschaftssysteme) durch eine salafistische Ordnung zu ersetzen.

Gewaltorientierte (jihadistische) Salafistinnen und Salafisten sehen sich zur Anwendung von Gewalt gegen Staat und Gesellschaft legitimiert. Diese Gewaltanwendung gilt ihnen als Jihad: Als ein „heiliger Kampf“ der Verteidigung des „wahren Islam“. Die sich selbst als „Islamischer Staat“ bezeichnende Terrororganisation (IS) ist die derzeit bekannteste jihadistische Gruppierung weltweit. Das Weltbild aller drei salafistischen Strömungen ist im Großen und Ganzen aber identisch: Die Einteilung der Welt in Gut und Böse, der Menschen in Gläubige und Ungläubige und die Ab- bzw. Entwertung aller anderen Lebensgestaltungen und Weltanschauungen außer der eigenen. Die Übergänge zwischen den drei Salafismus-Typen sind dabei fließend. Puristische oder politische Salafisten können ein erster Kontaktpunkt für Menschen sein, die sich anschließend weiter radikalieren.

4. Zielgruppen und Angebote

4.1 Zielgruppen und Angebote des Landes-Demokratie-zentrums bei Erscheinungsformen von Rechtsextremismus

Die mobilen Beratungsangebote des Landes-Demokratie-zentrums haben das Ziel, rechtsextreme, rassistische, antisemitische Erscheinungsformen in Niedersachsen zu verhindern, sowie die Demokratieförderung und das zivilgesellschaftliche Engagement in Niedersachsen zu stärken.

4.1.1 Mobile Beratung für folgende Zielgruppen

- Einzelpersonen /Bürgerinnen und Bürger
- Familien, Eltern und Angehörige
- Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus der Jugendarbeit, Jugendhilfe, Sozialarbeit und Schule
- Zivilgesellschaftliche Initiativen, Bürgerbündnisse, Migrantenselbstorganisationen
- Vereine, Verbände, Gewerkschaften
- Lehrkräfte, Bildungseinrichtungen, Kindertagesstätten
- Institutionen, Universitäten, Fachhochschulen
- Kommunen, kommunalpolitische Akteurinnen und Akteure und Verantwortungsträgerinnen und -trägern
- Verwaltung, Polizei und Justiz



Die Bereitstellung von Beratungsangeboten und die Einbeziehung von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren sind Eckpfeiler unserer Arbeit. Wir bieten zu verschiedenen Themenfeldern Fortbildungen und Workshops an und passen die Inhalte den jeweiligen Zielgruppen an. Einerseits bieten wir Unterstützung durch demokratiefördernde Maßnahmen in der Präventionsarbeit und andererseits bei der Intervention bei rechtsextremen Vorkommnissen.

Das Beratungsangebot ist kostenfrei.



4.1.2 Angebote des Landes-Demokratiezentrums Niedersachsen

- ✓ Beratungen von Personen und Organisationen, die in ihrem Umfeld ein subjektives Gefühl von rechts-populistischen und rechtsextremen Erscheinungsformen wahrnehmen
- ✓ Workshops zum Erkennen von rechtsextremen Symbolen und Musik sowie zu Strukturen und Erscheinungsformen von Rechtsextremismus
- ✓ Argumentationstraining und Umgangsmöglichkeiten bei rassistischen Vorkommnissen
- ✓ Vermittlung an Netzwerkpartnerinnen und Netzwerkpartner aus Institutionen und Trägern
- ✓ Beratung von Familienangehörigen
- ✓ Unterstützung für Bürgerbündnisse, Runde Tische und zivilgesellschaftliche Initiativen
- ✓ Erarbeitung von Handlungsoptionen bei rechtsextremen Aktivitäten vor Ort, wie z.B. Konzerte, Raumanmietung, Demonstrationen
- ✓ Unterstützung bei Antragsförderung für kleine Projekte mit Antragstellung und Finanzierung
- ✓ Bereitstellung von Info- und Arbeitsmaterialien
- ✓ Unterstützung von Projekten in Jugendarbeit und Partnerschaften für Demokratie



4.1.3 Angebot der AussteigerhilfeRechts

Das Aussteigerprogramm AussteigerhilfeRechts ist ein weiterer Baustein im Portfolio des Landespräventionsrates Niedersachsen zur Prävention des Rechtsextremismus. Die AussteigerhilfeRechts bietet jeder und jedem Angehörigen der rechtsextrem orientierten Szene angemessene Hilfestellung zum Ausstieg. Qualifizierte Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, die über Erfahrungen in der Handhabung und Bearbeitung der im Ausstiegsprozess auftretenden Problemlagen verfügen, betreuen, beraten und unterstützen jede und jeden Szeneangehörige(n), die oder der wünscht, sich von der rechtsextrem orientierten Szene zu distanzieren.

Ziel der Ausstiegsbegleitung ist es, ehemaligen Szeneangehörigen ein selbstbestimmtes Leben in einer demokratischen Gesellschaft zu ermöglichen. Dazu gehört nicht zuletzt, sich von Abhängigkeiten von rechtsextrem orientierten Szenekontexten zu lösen, Aussteigende darin zu ermutigen und dabei zu unterstützen individuelle Wünsche der Lebensführung zu entwickeln und diese Schritt für Schritt umzusetzen.

Kontakt

AussteigerhilfeRechts
Postfach 452, 30004 Hannover
Telefon: 0178 / 74 74 720
info@aussteigerhilfeRechts.niedersachsen.de
www.aussteigerhilfeRechts.de
www.facebook.com/AussteigerhilfeRechts





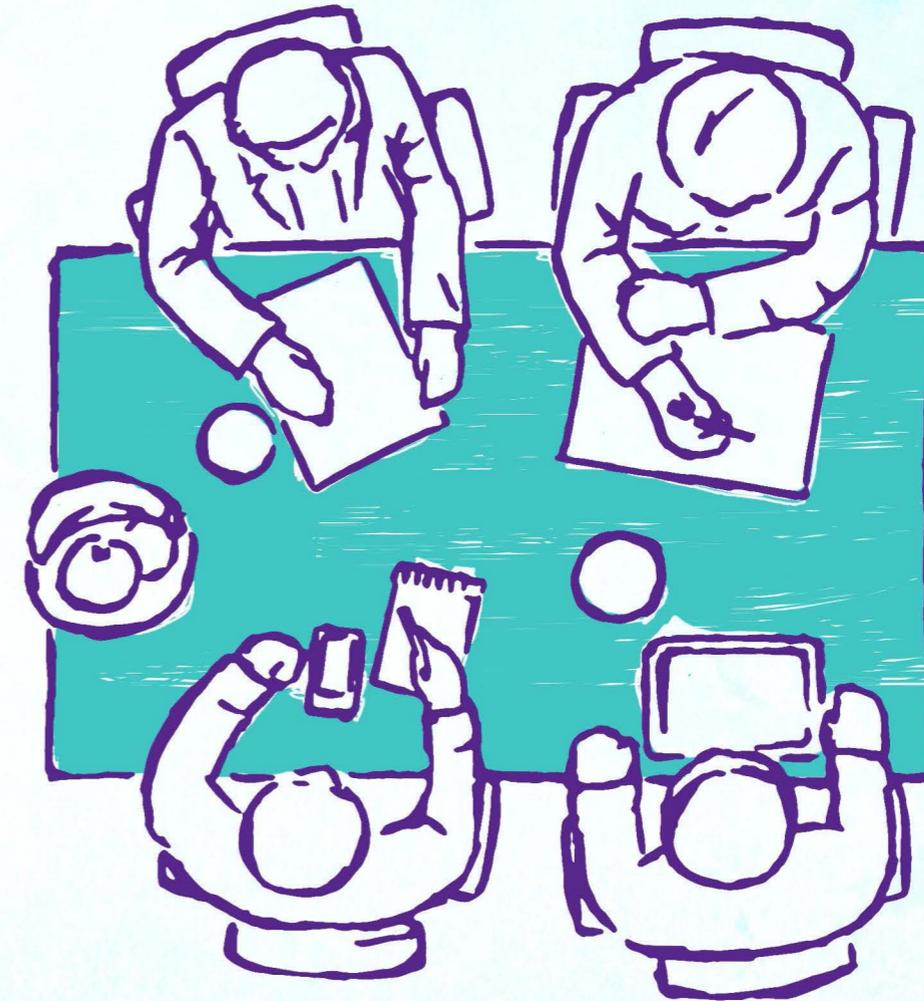
4.1.4 Beratungs- und Unterstützungsangebote des Landes-Demokratiezentrums bei Erscheinungsformen von extremistischem Salafismus und Islamfeindlichkeit

Ideologisieren oder radikalieren sich Personen oder Gruppen, so ist nie ein einzelner gesellschaftlicher Bereich oder eine spezifische gesellschaftliche Gruppe allein gefragt, darauf zu reagieren. Vielmehr müssen islamistische bzw. salafistische Radikalisierung ebenso wie Islamfeindlichkeit als gesamtgesellschaftliche Herausforderung begriffen und durch entsprechende Maßnahmen und Antworten bearbeitet werden.

Bei Erscheinungsformen des extremistischen Salafismus und von Islamfeindlichkeit zielt das Angebot des Landes-Demokratiezentrums Niedersachsen deshalb darauf ab, das Handlungsspektrum kommunaler und lokaler Akteurinnen und Akteure in Staat und Zivilgesellschaft zu erweitern, Netzwerke auf- und auszubauen sowie zu stärken, Unsicherheiten entgegenzuwirken und gemeinsam präventive Maßnahmen zu entwickeln, um mögliche Radikalisierungsprozesse zu verhindern oder abzubrechen.

Das Angebot umfasst:

- ✔ Fortbildungsangebot für Partnerschaften für Demokratie, Kommunen, Jugendarbeit, Zivilgesellschaft u.a. zu den Themen „Islam, Salafismus und Islamfeindlichkeit“
- ✔ Unterstützung bei der Entwicklung und Durchführung von Konzepten und Projekten für Kommunen, Jugendarbeit, Partnerschaften für Demokratie, Zivilgesellschaft u.a.
- ✔ Unterstützung bei Bürgerbündnissen, Runden Tischen, Podiumsdiskussionen und zivilgesellschaftlichen Initiativen
- ✔ Vermittlung an Netzwerkpartnerinnen und Netzwerkpartner aus Institutionen und Trägern im Land
- ✔ Mögliche Erstkontaktstelle, Vermittlung an Dritte und deren weiterführende Beratungsangebote (z.B. Familienberatung durch beRATEN e.V.)





5. Unser Netzwerk

Das Landes-Demokratiezentrum Niedersachsen soll vor allem auf eine Stärkung der demokratischen Kultur in der Niedersächsischen Gesellschaft hinwirken. Dabei liegt ein Fokus auf der Vernetzung von zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren.

5.1 Partnerschaften für Demokratie, Modellprojekte, Bundeszentrale Träger

Zu Kooperationspartnern in Niedersachsen gehören u.a. die weiteren Vereine, Kommunen und Organisationen im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“. Dazu zählen die „Partnerschaften für Demokratie“, „Modellprojekte“ und „Bundeszentrale Träger“.

„Partnerschaften für Demokratie“ sind lokale oder regionale Bündnisse in Gebietskörperschaften (Städte oder Landkreise). In diesen engagieren sich Verantwortliche aus der Kommunalpolitik und Verwaltung sowie Aktive aus der Zivilgesellschaft (Vereine, Verbände, religiöse Träger, Bündnisse, Gewerkschaften, etc.). Ausgehend von der Problemlage vor Ort wird gemeinsam eine Strategie entwickelt, die konkret auf die lokale Situation eingeht. In Niedersachsen bestehen aktuell 17 dieser „Partnerschaften“.

„Modellprojekte“ entwickeln und erproben innovative Ansätze im Bereich der Demokratieförderung und Präventionsarbeit. Sie setzen an dringenden Frage- und Problemstellungen an, werden wirkungsorientiert geplant und umgesetzt und sind dabei partizipativ gestaltet.

Ziel innerhalb der Förderung von „Modellprojekten“ ist die Weiterentwicklung pädagogischer Praxis unter Berücksichtigung spezifischer lokaler Strukturen und deren Überführung in Regelstrukturen, sollten sich die erprobten Ansätze bewährt haben. In Niedersachsen gibt es eine Vielzahl unterschiedlicher Träger mit verschiedenen Schwerpunkten. Ihre Adressen und Inhalte sind im hinteren Teil der Broschüre aufgelistet.

Bundeszentrale Träger sind nichtstaatliche Organisationen, die sich schon über viele Jahre mit den Themen beschäftigen und über Expertise verfügen.

Aufgabe ist u.a., die thematischen Schwerpunkte des Bundesprogramms weiterzuentwickeln und neue, aktuelle Herausforderungen zu identifizieren und zu bearbeiten.

Die Kontaktdaten sind im Anhang zu finden.

Partnerschaften für Demokratie

Landkreis Aurich

Fischteichweg 7-13, 26603 Aurich
Telefon: 04941 – 16 16 31
info@landkreis-aurich.de

Landkreis Goslar

Klubgartenstr. 11, 38640 Goslar
Telefon: 05321 – 765 64
koordinierungsstelle.migration@landkreis-goslar.de

Landkreis Göttingen

Gothaer Platz 2, 37083 Göttingen
Telefon: 0551 – 52 51 12
info@landkreisgoettingen.de
www.pfd-goettingen.de

Landkreis Northeim

Medenheimer Str. 6/8, 37154 Northeim
Telefon: 05551 – 70 80
bgrosse@landkreis-northeim.de
www.lap-landkreis-northeim.de

Landkreis Osterode am Harz

Herzbergerstr. 5, 37520 Osterode am Harz
Telefon: 05522 – 96 05 11
martin.brueinig@landkreis-osterode.de
www.vielfalt-osterode.de

Landkreis Wolfenbüttel

Bahnhofstr. 11, 38300 Wolfenbüttel
Telefon: 05331 – 84 0
info@lk-wf.de
www.lk-wolfenbuettel.de

Landkreis Verden / Aller und Nienburg / Weser, Städte Verden / Aller und Nienburg / Weser

Große Str. 40, 27283 Verden / Aller
Telefon: 04231 – 122 19
internetredaktion@verden.de
www.wabe-info.de

Stadt Braunschweig

Auguststr. 9-11, 38100 Braunschweig
Telefon: 0531 – 470 73 59
demokratie-leben@braunschweig.de
www.braunschweig.de/migration

Stadt Celle

Straße am Französischen Garten 1, 29221 Celle
Telefon: 05141 – 124 16
integration@celle.de
www.vielfaltincelle.de



Stadt Cuxhaven

Rathausplatz 1, 27472 Cuxhaven
Telefon: 04721 – 70 06 71
E-Mail: info@cuxhaven.de

Stadt Delmenhorst

Oldenburger Str. 9, 27749 Delmenhorst
Telefon: 04221 – 99 25 19
E-Mail: rathaus@delmenhorst.de

Stadt Hannover

Hamburger Allee 25, 30161 Hannover
Telefon: 0511 – 16 84 44 66
E-Mail: sdr@hannover-stadt.de

Stadt Laatzen

Marktplatz 13, 30880 Laatzen
Telefon: 0511 – 82 05 50 13
E-Mail: engelke@laatzen.de
www.demokratie.laatzen.de

Stadt Lüneburg

Ochsenmarkt 1, 21335 Lüneburg
Telefon: 04131 – 30 93 32
E-Mail: stadt@lueneburg.de
www.stadtjugendring-lueneburg.de

Stadt Northeim

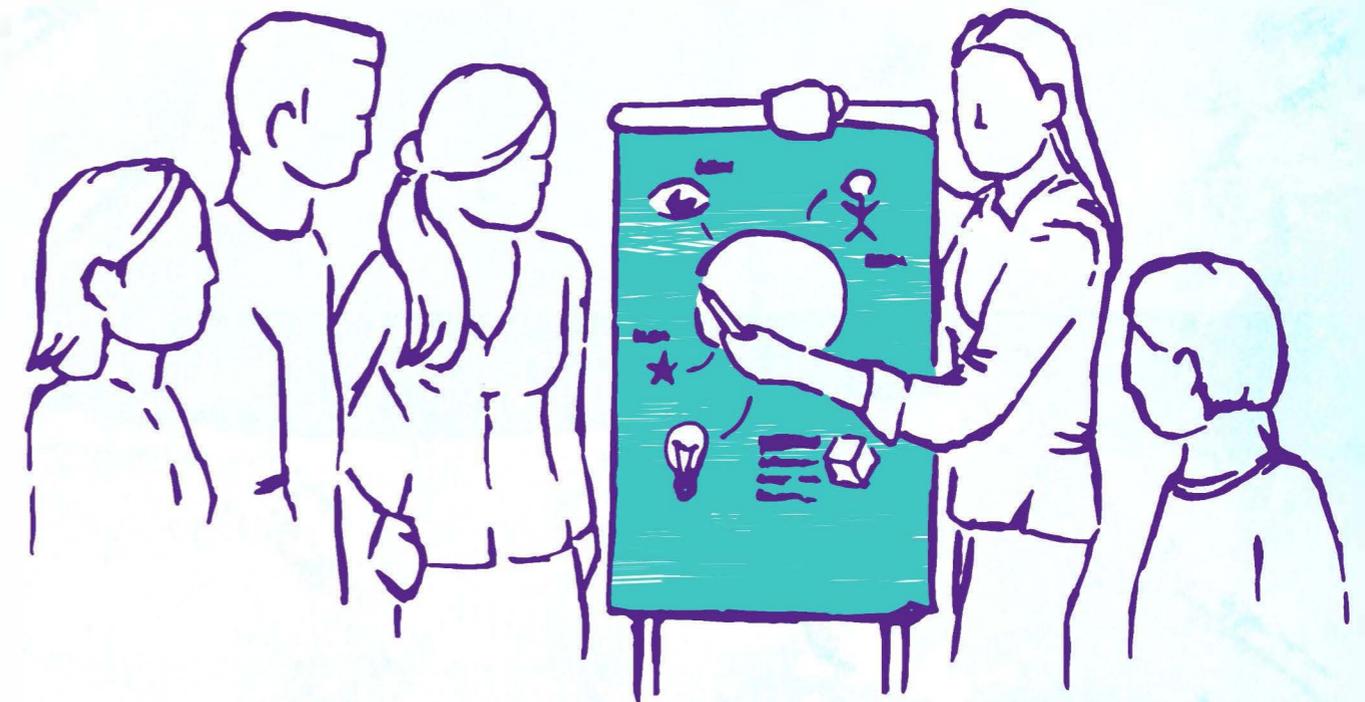
Scharnhorstplatz 1, 37154 Northeim
Telefon: 05551 – 26 10
E-Mail: praeventionsrat@northeim.de

Stadt Vechta

Burgstr. 6, 49377 Vechta
Telefon: 04441 – 88 65 00
E-Mail: wilfried.volker@vechta.de

Stadt Wolfsburg

Schillerstr. 4, 38440 Wolfsburg
Telefon: 05361 – 890 50 00
E-Mail: dialogstelle@stadt.wolfsburg.de
www.wolfsburg.de/dialogstelle





5.2 Modellprojekte in Niedersachsen

Modellprojekte zu ausgewählten Phänomenen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und zur Demokratiestärkung im ländlichen Raum

Homophobie und Transphobie

„Kicks für alle“
Kompetenzgruppe Fankulturen und Sport bezogene Sozialarbeit,
Asterstr. 49a, 30167 Hannover
Telefon: 0162 – 8029035
E-Mail: robert.claus@kofas-ggmbh.de
www.kofas-ggmbh.de

„Akzeptanz für Vielfalt - gegen Homo-, Trans*- und Inter*feindlichkeit“
Stiftung Akademie Waldschlösschen
37130 Gleichen-Reinhausen
Telefon: 05592 – 92770
E-Mail: info@waldschloessen.org
www.akzeptanz-fuer-vielfalt.de

Aktuelle Formen von Islam-/ Muslimfeindlichkeit

„Junge Muslime als Partner – Für Dialog und Kooperation. Gegen Diskriminierung“
Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Jugend Deutschland
Otto-Brenner-Str. 9, 30159 Hannover
Telefon: 0511 – 12150
E-Mail: info@evangelische-jugend.de
www.junge-muslime-als-partner.de

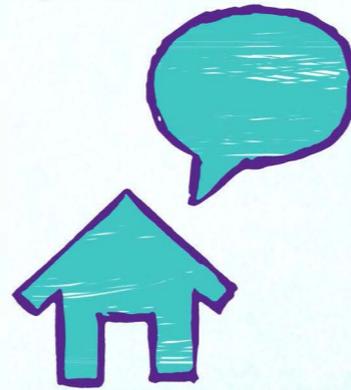
Antiziganismus

„Roma Antidiscrimination Network“
Roma Center, Am Leinekanal 4, 37073 Göttingen
Telefon: 0551 – 3887633
E-Mail: mail@roma-center.de
www.ran.eu.com

„Kompetent gegen Antiziganismus/Antiromaismus – in Geschichte und Gegenwart“
Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten
Im Guldernen Winkel 8, 29223 Celle
Telefon: 05141 – 93355110
E-Mail: jens-christian.wagner@stiftung-ng.de

Antisemitismus

„Meine Geschichte, deine Geschichte, unsere Geschichte. Flucht, Migration und Shoah“
Interkulturelle Arbeitsstelle für Forschung, Dokumentation, Bildung und Beratung
Klävemannstr. 16, 26122 Oldenburg
Telefon: 0441 – 884016
E-Mail: leitung@ibis-ev.de
www.ibis-ev.de



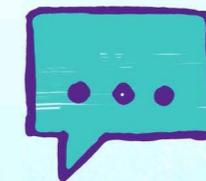
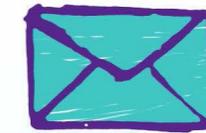
Modellprojekte zur Radikalisierungsprävention

Rechtsextreme Orientierungen und Handlungen

„Demokratie leben in Osnabrück“
Verein zur Förderung von Demokratie, Toleranz und interkulturelle Verständigung
Große Schulstr. 53, 49078 Osnabrück
Telefon: 0541 – 4099440
E-Mail: info@deto-ev.org
www.deto-ev.org

„Respekt für Vielfalt – Gemeinsam gegen Menschenfeindlichkeit“
Kinder- und Jugendbüro beim Landkreis Göttingen
Gothaer Platz 2, 37083 Göttingen
Telefon: 0551 – 525112
E-Mail: reichmann@landkreisgoettingen.de
www.landkreisgoettingen.de

„Seitenwahl“
Zentrum Demokratische Bildung
Heinrich-Nordhoff-Str. 73-77, 38440 Wolfsburg
Telefon: 05361 – 8913050
E-Mail: info@zdb-wolfsburg.de
www.arug-zdb.de
www.deto-ev.org





5.3 Freie Träger sowie Beraterinnen und Berater

Aus der Mitte des Beratungsnetzwerkes stellen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes-Demokratie-zentrums bei Beratungsanfragen ein mobiles Interventionsteam zusammen. Mobile Intervention erfolgt fall-bezogen durch qualifizierte Beraterinnen und Berater, die über entsprechende Beratungskompetenzen verfügen und vor Ort vertraulich, anlassorientiert, unmittelbar und aufsuchend aktiv werden.

Das Beratungsangebot richtet sich an alle, die mit rechts-extremen, antisemitischen und rassistischen Erscheinungsformen konfrontiert sind. Hierzu zählen u.a. Kommunen, zivilgesellschaftliche Initiativen, Eltern, Einzelpersonen sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus Schule, Jugendhilfe, Vereinen und Verbänden.

Die Beraterinnen und Berater verfügen über Qualifikationen aus unterschiedlichen Fachdisziplinen und haben themenspezifische Kenntnisse zu Rechtsextremismus, Demokratiebildung und antirassistischer Arbeit.

Staatliche Organisationen, Politik und Verwaltung

Im Themenschwerpunkt Prävention und Intervention von Rechtsextremismus greifen wir auch auf Fachexpertise von Personen aus staatlichen Organisationen zurück.

Somit besteht unser Beratungsnetzwerk auch aus staatlichen Organisationen, die sich mit den Themen Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit befassen.

- Landeshauptstadt Hannover
- Landeskriminalamt Niedersachsen
- Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen
- Niedersächsisches Kultusministerium
- Niedersächsisches Landesamt für Soziales, Jugend und Familie
- Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport
- Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
- Norddeutscher Rundfunk
- Polizeidirektion Hannover

Zivilgesellschaft, Vereine, Verbände

Das Bundesprogramm „Demokratie leben, aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ richtet sich nicht nur an Organisationen und Institutionen, sondern möchte zivilgesellschaftliches Engagement unterstützen und fördern. Das außerordentlich hohe Engagement der Bürger und Bürgerinnen, die sich aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit einsetzen wollen, wird durch das Landes-Demokratiezentrum koordiniert, unterstützt und beraten. Eine etablierte Arbeitsform des zivilgesellschaftlichen Engagements ist das sogenannte „Bürgerbündnis“. Die Mitarbeit begründet sich nicht „pflichtgemäß“ aus den beruflichen Arbeitsfeldern einer Institution oder Organisation, sondern aus der persönlichen Überzeugung heraus, etwas bewegen zu wollen.

Ein Beispiel für gelingende Bürgerbündnisse ist das zivilgesellschaftliche Engagement um den sogenannten „Trauermarsch“ in Bad Nenndorf.

Wir verstehen unser Netzwerk dynamisch! Interessierte Bürgerinnen und Bürger sowie Vereine und Verbände können bei entsprechendem Engagement in unser Netzwerk aufgenommen und integriert werden.

Unsere aktuellen Netzwerkpartner aus der Zivilgesellschaft, Vereinen und Verbänden werden nachfolgend aufgeführt:

Andrea Müller, Bremen

Selbständiger Supervisor, Coach im Bundesprogramm „Demokratie leben“, Berater und Supervisor für Verbände, Initiativen, Projekte und Kommunen sowie für Fachkräfte und Familien und Angehörige rechtsextremer Jugendlicher. Berater in der Entwicklung lokaler integrierter Strategien in der Auseinandersetzung mit Rassismus und Rechtsextremismus und Förderung demokratischer Kultur und Teilhabe.
Telefon: 0421 – 639 85 93
ambremen@t-online.de

Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung

Erik Weckel
Bödekerstr. 18, 30161 Hannover
Telefon: 0511 – 30 03 30 65
Fax: 0511 – 30 03 30 81
weckel@aewb-nds.de
www.aewb-nds.de

Akzeptierende Jugendarbeit mit rechten Cliques

c/o VAJA e.V.
Telefon: 0421 – 762 66
recl@vaja-bremen.de

Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland e.V. (aej)

Otto-Brenner-Str.9, 30159 Hannover

Junge Muslime als Partner – FÜR Dialog und Kooperation! GEGEN Diskriminierung!

Onna Buchholt, Projektleiterin
Telefon: 0511 – 121 51 55
onna.buchholt@evangelische-jugend.de

Doris Klingenhagen, Referentin für Integration/ Migration, Projektsteuerung
Telefon: 0511 – 121 51 37
Doris.klingenhagen@evangelische-jugend.de

Arbeitsstelle Friedensarbeit

Im Antikriegshaus Sievershausen
Maik Bischoff
Kirchweg 4a, 31275 Lehrte-Sievershausen
bischoff@kirchliche-dienste.de



**Arbeitsstelle Rechtsextremismus
und Gewalt Braunschweig**

Bohlweg 55, 38100 Braunschweig
Telefon: 0531 – 123 36 42
Fax: 0531 – 123 36 55
info@arug.de
www.arug-zdb.de

Externe Koordinierungs- und Fachstelle

Stadt Braunschweig
Sozialreferat
Büro für Migrationsfragen
Bundesprogramm Demokratie leben!
Apiraami Kulasegaram
Auguststrasse 9 – 11, 38100 Braunschweig
Telefon: 0531 – 470 7359
demokratie-leben@braunschweig.de
www.braunschweig.de/leben/soziales/migration/demokratie_leben.html

Fachstelle 'Rechtsextremismus und Familie' (RuF)

Bundesweite Fachstelle Rechtsextremismus und
Familie (RuF)
LidiceHaus Bremen
Weg zum Krähenberg 33a, 28201 Bremen
Telefon: 0421 – 6927213
hempel@lidicehaus.de
gut@lidicehaus.de

Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.

Röpkestr. 12, 30173 Hannover
Telefon: 0511 – 98 24 60 30
Fax: 0511 – 98 24 60 31

IBIS-Interkulturelle Arbeitsstelle e.V.

Jan Krieger
Klävemannstraße 16, 26122 Oldenburg
Telefon: 0441 – 998 42 10
veranstaltung@ibis-ev.de

IGBCE

Regina Karsch
Industriegewerkschaft Bergbau Chemie Energie
VB 4 – Bildung/Schwerpunktgruppen

Abteilung Politische Schwerpunktgruppen
Bereich Migration/Integration

Königsworther Platz 6
30167 Hannover
Telefon: 0511 – 763 12 29
Fax: 0511 – 763 15 90
Mobil: 0151 – 42 24 47 71
regina.karsch@igbce.de

**Initiative „Kirche für Demokratie –
gegen Rechtsextremismus“
in der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers**

Haus kirchlicher Dienste
Archivstr. 3, 30169 Hannover
Telefon: 0511 – 1241512
Fax: 0511 – 1241941
ikdr@kirchliche-dienste.de
www.ikdr-hannover.de

Katharina Fuchs

Projektmanagement & Projektkoordination
Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen
Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeind-
lichkeit“

Stadtjugendring Lüneburg e.V.
Waagestr. 3, 21335 Lüneburg
katharina.fuchs@sjr-lueneburg.de
www.stadtjugendring-lueneburg.de

Kommunaler Präventionsrat Cuxhaven

Rathausplatz 1, 27472 Cuxhaven
Ihre Ansprechpartner:
Frau Gabriele Hoffmann, Geschäftsführerin
Herr Uwe Santjer, Vorsitzender
Brunhild Rost-Helle, 2. Vorsitzende

Koordinierungsstelle gegen Rechts Oldenburg

Klävemannstraße 1, 26122 Oldenburg
Telefon: 0441 – 924 90 0
www.koordinierungsstelle-gegen-rechts-oldenburg.de
www.moin-zusammen.de

**Koordinierungs- und Fachstelle der Partnerschaft
für Demokratie in Wolfsburg**

Stadt Wolfsburg
Dialogstelle Jugendschutz
Schillerstraße 4, 38440 Wolfsburg
Şadiye Çelik-Turgut
Telefon: 05361 – 890 5000
sadiye.celik-turgut@stadt.wolfsburg.de
Dialogstelle@stadt.wolfsburg.de

**Kreisvolkshochschule Norden gGmbH
Fachbereich Gesellschaft · Politik · Umwelt**

Timo Schneider
Fach- und Begleitstelle der Partnerschaft für
Demokratie im Landkreis
Uffenstraße 1, 26506 Norden



LandesSportBund Niedersachsen e.V.

Patrick Neumann
Referent Team Grundsatzfragen
Ferdinand-Wilhelm-Fricke Weg 10, 30169 Hannover
Telefon: 0511 – 126 81 07
Fax: 0511 – 12 68 41 07
pneumann@lsb-niedersachsen.de
www.lsb-niedersachsen.de

**Niedersächsisches Landesamt für Soziales,
Jugend und Familie**

Landesjugendamt Fachbereich 1 – Team JH 2
Am Waterlooplatz 11, 30169 Hannover
Ansprechpartnerin: Andrea Berger-Nowak
Telefon: 0511 – 106 74 23

Stadt Braunschweig

Sozialreferat
Büro für Migrationsfragen
Doris Bonkowski
Auguststrasse 9 -11, 38100 Braunschweig
Telefon: 0531 – 470 7353
doris.bonkowski@braunschweig.de
www.braunschweig.de/leben/soziales/migration/index.html

Politik zum Anfassen e.V.

Königsberger Str. 18, 30916 Isernhagen
Telefon: 0511 – 37 35 36 30
politik@zumanfassen.de

**pro aktiv gegen rechts
Mobile Beratung in Bremen und Bremerhaven**

Bornstr. 14/15, 28195 Bremen
Telefon: 01573 – 19 95 240
proaktiv@vaja-bremen.de
www.pro-aktiv-gegen-rechts.bremen.de
www.facebook.com/pro.aktiv.gegen.rechts

**Regionale Beratungsstelle
Rechtsextremismusprävention**

"Demokratie leben!" –
Lokaler Aktionsplan im Landkreis Northeim
Werk-statt-Schule e.V.
Friedrich-Ebert-Wall 1, 37154 Northeim
Telefon 05551 – 97 88 16
Fax 05551 – 97 88 22
re-praevention@werk-statt-schule.de

**reset
Beratung und Begleitung bei der Loslösung vom
Rechtsextremismus im Land Bremen**

c/o VAJA e.V.
Telefon: 0157 – 52 51 05 27 und 0157 – 77 45 36 38
reset@vaja-bremen.de
www.reset-bremen.de
www.facebook.com/resetBremen

**Sabine Regehr-Skopnik
Rechtsanwältin, Mediatorin und Dozentin**

Anwältin für Gewaltopfer in Zusammenarbeit mit
dem WEISSEN RING Mitglied im Bundesverband
Mediation e.V. (BM)
Ladeholzstr. 2, 31319 Sehnde
Telefon: 05138 – 60 53 30
Fax: 05138 – 60 53 32
www.sabineregehr.de

Sebastian Ramnitz

Bildungsreferent zur Rechtsextremismusprävention
und Demokratieförderung
Füchtelerstr. 35, 49377 Vechta
Telefon: 0176 – 20 34 32 90
www.sramnitz.de

**VAJA e.V. - Verein zur Förderung akzeptierender
Jugendarbeit e.V.**

Hinter der Mauer 9, 28195 Bremen
www.vaja-bremen.de
www.facebook.com/VAJA.Bremen

WABE Fach- und Koordinierungsstelle

Holzmarkt 15, 27283 Verden
Telefon: 04231 – 67 62 22
Fax: 0531 – 123 36 55
info@wabe-info.de
www.wabe-info.de

Zentrum Demokratische Bildung Büro Hannover

Arndtstraße 20, 30167 Hannover
Telefon: 0152 – 34 34 84 72

Zentrum Demokratische Bildung Wolfsburg

Heinrich-Nordhoff-Straße 73-77, 38440 Wolfsburg
Telefon: 05361 – 89 130 50
Fax: 05361 – 89 130 58
info@zdb-wolfsburg.de
www.arug-zdb.de



Landes-Demokratiezentrum Niedersachsen

Landespräventionsrat Niedersachsen
Siebstraße 4, 30171 Hannover

Telefon: 0511 – 122 71 37
Mobil: 0176 – 101 96 449

landes-demokratiezentrum@lprnds.de

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*



L P R Landespräventionsrat
Niedersachsen

L D Z Landes-Demokratiezentrum
Niedersachsen